

– Herr Laumann, halten Sie den Ball ganz flach. Der faktenfreie Unsinn, den Sie heute erzählt haben, geht auf keine Kuhhaut.

(Beifall von Dr. Carolin Butterwegge [LINKE])

Ich komme auf die Sache zurück und sage Ihnen, Frau Ministerpräsidentin: Die Information, dass die Koalition in Berlin auf diese Finanzdaten zugreift und sie politisch verwertet, hätten wir uns zehn Tage eher gewünscht. Denn das hätte aus dieser Veranstaltung, die von CDU und FDP hier gemacht wird, ganz schnell die Luft herausgelassen.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Für uns bleibt es dabei: Wir stehen für Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit. Deswegen haben wir einen entsprechenden Antrag eingebracht. Ich bin sehr gespannt, wie Sie sich dazu verhalten. Wir haben nur das aufgenommen, was in der Landeshaushaltsordnung Nordrhein-Westfalen steht. Ich bin sehr gespannt, ob Sie sich noch an die Landeshaushaltsordnung erinnern und sie vielleicht unterstützen wollen. Das können Sie mit diesem Antrag tun; das wäre sehr hilfreich.

Ich möchte noch wenige Sätze zur WestLB sagen. Natürlich ist die WestLB nach wie vor ein großes Problem. Nach wie vor bestehen Milliardenrisiken, und auf uns werden noch Milliardenforderungen zukommen. Das ist die Realität. Dafür sind Sie von CDU und FDP massiv verantwortlich. Denn wer hat denn diese desaströse Finanzpolitik der WestLB – gezockt, verzockt und sich selbst mit Millionen bedient – zu verantworten? Das sind doch CDU und FDP.

(Zurufe von der CDU)

Sie haben doch alles unterlassen, um die Mächenschaften bei der WestLB zu unterbinden. Und jetzt auf einmal ist alles anders. Sie sind jetzt in der Opposition und haben damit nichts mehr zu tun. Wie Teflon – alles gleitet ab. Das werden wir Ihnen so nicht durchgehen lassen. Wir werden Sie auch weiterhin mit den Fakten konfrontieren. Ich kann nur sagen: mit uns nicht. Die Linke wird weiterhin Druck machen. Wir wollen Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit. – Danke schön.

(Beifall von der LINKEN und von Bernhard von Grünberg [SPD])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sagel. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt vor. Damit sind wir am Schluss der Beratungen.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion der FDP hat um direkte Abstimmung gebeten. Wer dem Inhalt des **Antrags Drucksache 15/1198** zustimmen möchte, den darf ich jetzt um das Handzeichen bitten. – Das sind die Abgeordnete

ten der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Die Koalition der Haushaltskonsolidierung!)

Enthaltungen? – Keine Enthaltung. Damit hat der Antrag nicht die erforderliche Mehrheit bekommen und ist **abgelehnt**.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich lasse des Weiteren abstimmen über den **Entschließungsantrag** der Fraktion Die Linke **Drucksache 15/1235**. Wer diesem Entschließungsantrags seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion Die Linke.

(Gunhild Böth [LINKE]: Das wollen Sie gar nicht?)

Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Enthaltungen? – Keine Enthaltung. Damit ist auch der Entschließungsantrag **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

3 **Castor-Transporte und damit unnötige Risiken für Mensch und Umwelt vermeiden – Hochradioaktive Brennelementekugeln weiterhin am ehemaligen AVR Jülich zwischenlagern**

Antrag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/1194 – Neudruck

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellenden Fraktionen, zunächst für die Fraktion der SPD, dem Kollegen Stinka das Wort.

(Unruhe)

– Alle, die den Saal verlassen oder diverse Dinge bilateral im Gespräch klären wollen, darf ich bitten, das am Rande des Plenarsaals zu machen. – Bitte schön, Herr Kollege Stinka.

André Stinka (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das vergangene Jahr hat uns ganz deutlich gezeigt: Die Menschen in Deutschland und speziell in Nordrhein-Westfalen wollen keine Atomkraft. Sie wollen auch nicht, dass hochgiftiger, strahlender Müll auf Straßen und Schienen unterwegs ist.

Wenn ich mir die Situation im vergangenen Jahr vor Augen führe, weiß ich, dass die Bevölkerung in der politischen Arbeit selten so eindeutig gegen diese Transporte war. Das habe ich während meiner poli-

tischen Arbeit selten so deutlich gesehen. Deswegen müssen wir diese Bedenken der Menschen ernstnehmen.

Nun stehen wir aber in Nordrhein-Westfalen vor einer Situation, bei der in einem öffentlichen Forschungszentrum Hunderttausende strahlende Elemente liegen. Das tun sie seit 1988; damals wurde der Forschungsreaktor in Jülich abgeschaltet. Die Genehmigung, das dort angefallene Material zu lagern, läuft in gut zwei Jahren, am 30. Juni 2013, ab.

Ich empfinde es schon als etwas bedrückend zu wissen, dass in dieser Einrichtung in unserem Land rund 300.000 Brennelementekugeln lagern. Das ist eine schwere Hypothek für den Raum Aachen und könnte zu einer schweren Hypothek für das Münsterland werden.

Mir wäre es natürlich recht, wenn dieser Atommüll besser als heute einer endgültigen und auf Jahrtausende sicheren Lagerstätte zugeführt würde. Aber, Kolleginnen und Kollegen, wir alle wissen genau, dass es sich dabei um das große Problem der Atomkraft handelt. Die Debatten haben uns im letzten Jahr begleitet, dass bei Atomkraft immer Abfälle entstehen und wir uns der Endlagerung nicht sicher sind. Ein solches Endlager gibt es bislang nicht. Es gibt bislang kein annähernd überzeugendes Konzept, wie wir mit diesem Müll umgehen können.

Kolleginnen und Kollegen, ich weiß schon jetzt, dass gleich wieder gebetsmühlenartig behauptet wird, wir hätten Vorschläge und suchten am Salzstock in Gorleben, wo es eine sinnvolle Möglichkeit gebe. – Wir wissen doch heute, dass der Salzstock in Gorleben genauso wie die Asse alles andere als sicher ist. Die Proteste im vergangenen Jahr haben auch damit zu tun, dass die Menschen an die Versprechungen, die da gegeben werden, nicht mehr glauben.

Es ist also unverantwortlich, dieses gefährliche Material dorthin zu verbringen und für die Folgen, die in der Region und in ganz Deutschland auftreten, die Menschen haftbar zu machen. Es macht also im Moment überhaupt keinen Sinn, Castoren mit Brennelementen munter durch Deutschland zu kutschieren.

Das Forschungszentrum Jülich hat neben einer möglichen Verlängerung der Lagergenehmigung auch einen Transport der 152 Castoren ins Zwischenlager Ahaus beantragt. Ich bin als Münsterländer davon sehr betroffen. Mich wundert dann auch die Äußerung von Herrn Röttgen heute in den „Westfälischen Nachrichten“, die eine Tendenz erkennen lässt: Ja, man muss nach Ahaus schauen. – Wenn man sich das genau anguckt, dann finde ich es schade, dass das Münsterland mit einem Zwischenlager als Abfallstätte Deutschlands herhalten soll.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das haben das Münsterland und die Region bei weitem nicht verdient. Das ist keine Sammelstelle für Atommüll aller Herren Länder.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Zwischenlager!)

Es macht aus Sicht der SPD-Fraktion keinen Sinn, 300.000 strahlende Brennelementekugeln von Jülich nach Ahaus zu transportieren, obwohl man nicht weiß, was danach damit geschehen soll. Solange wir nicht wissen, wohin mit dem Müll, solange es keine Konzepte und keine Strategie gibt, wie mit dem Atommüll zu verfahren ist, ist es unsinnig, den Transport von A nach B durchzuführen.

Die Atommülltransporte sind nicht ungefährlich. Sie sind sehr aufwendig und werden eine Menge Finanzmittel kosten; wir haben gerade über das Thema gesprochen. Wir sind der Auffassung, dass wir besser Geld in andere Dinge investieren sollten als in die Polizeibegleitung von Atomtransporten, die jetzt stark in der politischen Betrachtung sind, weil CDU und FDP in Berlin den Atomkonsens aufgekündigt und damit diese brisante Frage in die Gesellschaft getragen haben.

Wir wollen auf unnötige Transporte verzichten, um auch die Polizisten vor der hohen dienstlichen Belastung zu schützen – wir reden über 152 Castortransporte – und damit der Bevölkerung viel Ärger zu ersparen. Wir drücken uns nicht – das macht der Antrag auch deutlich – vor der Verantwortung, die wir langfristig haben, wenn es darum geht, Endlagerstätten wertungsfrei in allen Bundesländern zu suchen. Vor dem Hintergrund der Entschließungsantrag!

Wir freuen uns auf die Debatte. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Stinka. – Als nächster Redner hat für die weitere antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Abgeordnete Markert das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Hans Christian Markert (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe anwesenden Kolleginnen und Kollegen! Die meisten von Ihnen kennen sicherlich den Komödienklassiker „Manche mögen's heiß“. Tony Curtis versucht, mit einem defekten Boot seine Angebetete – gespielt von Marilyn Monroe – zu einem Rendezvous auf einer großen Yacht zu fahren. Allerdings klappt das nicht so ganz, und er redet sich dann damit raus, bei dem Boot handele es sich um ein Versuchsmodell. Und Marilyn Monroe antwortet: Vielleicht haben die ja etwas ganz Falsches versucht.

Auch im Atomforschungszentrum Jülich wurde ganze 21 Jahre lang etwas ganz Falsches versucht – 21 Jahre die Verschwendung von Steuergeldern mit diesen Hochtemperaturexperimenten, 21 Jahre

Störfälle und Pannen. Und jetzt, mit diesen geplanten Transporten, wird das Ganze wohl endgültig zu „Jülich 21“. Das ist aus Gründen der Sicherheit, aber auch aus Kostengründen unverantwortlich.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Die atomare Hinterlassenschaft dieser 21 Jahre: 152 nur 1 m hohe Castorbehälter, gefüllt mit jeweils 2.000 hochradioaktiven Brennelementekugeln, 152 potenziell schmutzige Bomben.

Uns vorliegende Rechtsgutachten sprechen davon, dass bei diesen Transporten über einen längeren Zeitraum 152 Mal die Möglichkeit bestünde, dass unbefugte Dritte versuchen könnten, daran zu kommen.

(Bernhard Tenhumberg [CDU]: Zum Beispiel die Grünen!)

Nicht zuletzt mit diesen Transporten sind erhebliche Gefahren für die Sicherheit und Ordnung und für Leib und Leben der Teilnehmerinnen und Teilnehmer verbunden. Gerade deshalb hat auch der Gesetzgeber eine standortnahe Zwischenlagerung und die Transportminimierung im Atomgesetz vorgeschrieben. Und so sieht das übrigens auch die Gewerkschaft der Polizei in Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Der GdP-Chef Richter sagte kürzlich gegenüber der „Rheinischen Post“ – ich zitiere mit Einverständnis der Präsidentin –:

Es macht überhaupt keinen Sinn, abgebrannte Brennelemente von einem Zwischenlager in ein anderes zu transportieren. Das führt nur zu zusätzlichen Sicherheitsrisiken und zu enormen Kosten für den Steuerzahler.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich zitiere weiter: Vor einem Transport muss entschieden werden, wohin der Müll endgültig kommt.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Diese Transporte sind allerdings auch aus Kostengründen unverantwortlich; wir hatten gerade eine sehr leidenschaftliche Debatte hier.

Zusätzlich zu den 27 Millionen € Transportkosten, von denen das Forschungszentrum selbst ausgeht, entstehen nach Auffassung der Landesregierung mindestens 60 Millionen € an Polizeikosten. Das sind 87 Millionen € für diese Atomtransporte – am Willen der Bevölkerung vorbei, gegen den Willen der parlamentarischen Mehrheit in Nordrhein-Westfalen, gegen den Willen der Polizeigewerkschaft und selbstverständlich auch gegen den Willen der Landesregierung.

Egal, wie hoch die notwendigen Ertüchtigungskosten für die Zwischenlagerung nun tatsächlich sind –

es werden Zahlen zwischen 40 Millionen € und 220 Millionen € genannt –, ergibt sich bei Anwendung einer Kostentragungsregelung von 30 % für das Land Nordrhein-Westfalen ein erhebliches Millionen-Delta für unseren Landeshaushalt.

Nun sind die meisten Kolleginnen und Kollegen, insbesondere von CDU und FDP, schon in der Mittagspause. Sie reden ja nur vom Sparen. Hier aber, wo sie den Landeshaushalt deutlich entlasten könnten, zeigen Sie Ihr wahres Gesicht. Sie haben den Menschen in Nordrhein-Westfalen nicht nur die teure WestLB hinterlassen – vom „Manager Magazin“ übrigens „Rüttgers' Reste-Rampe“ genannt –, sondern sie schicken sich auch noch an, das Land Nordrhein-Westfalen zugunsten des Bundes, in dem Sie zurzeit noch regieren, an dieser Stelle erheblich finanziell zu belasten.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Der Schlüssel, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Verhinderung dieser Transporte liegt im Bundeswissenschaftsministerium bei Frau Schavan.

(Karl Schultheis [SPD]: Mein lieber Schwan!)

Darum fordere ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der NRW-CDU, und vor allem Ihren strahlenden Landesvorsitzenden Röttgen auf: Setzen Sie sich gegen Frau Schavan durch. Oder soll Herr Röttgen als der CDU-Vorsitzende in Nordrhein-Westfalen in die Geschichte eingehen, der zwar nie im Landtag war, aber die größten Atomtransporte in Nordrhein-Westfalen aller Zeiten zu verantworten hat?

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Jubel!)

Übrigens, am Ende tuckert Tony Curtis mit dem Versuchsmodell im verklemmten Rückwärtsgang zur Jacht. Einen solchen Rückwärtsgang in der Atompolitik sollte uns Herr Röttgen allerdings nach dem Atomdeal der Bundesregierung, seinem Zaudern und Zögern bei den Russlandtransporten und angesichts des wachsenden Widerstands in allen Bevölkerungsschichten in Jülich diesmal von vornherein ersparen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Markert. – Für die weitere antragstellende Fraktion Die Linke hat nun Frau Abgeordnete Akbayir das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Hamide Akbayir (LINKE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Die im Forschungszentrum Jülich lagernden 152 Castoren sind eine Gefahr für die Region und

unser Land. Sie bergen 300.000 hoch radioaktive Brennelemente, die in das Zwischenlager Ahaus transportiert werden sollen.

Wir Linken waren und sind strikt gegen unnötige Atommülltransporte, meine Damen und Herren. Wir sind dagegen, weil davon unabsehbare Gefahren für das Leben und die Gesundheit einer sehr großen Zahl von Menschen ausgehen.

Am Forschungszentrum Jülich sind der Bund mit 90 % und das Land NRW mit 10 % beteiligt. Dieses Forschungszentrum hat beim Bundesamt für Strahlenschutz den Antrag gestellt, dass die Castoren mit den hoch radioaktiven Brennelementekugeln in das Zwischenlager Ahaus transportiert werden. Gleichzeitig soll die Zwischenlagerebene für Jülich verlängert werden. Wir sagen Nein, meine Damen und Herren. Deshalb protestierten wir am 30. Januar vor dem Jülicher Forschungszentrum.

Der gefährliche Transport würde per Lkw erfolgen, und es könnten höchstens zwei Castoren pro Lkw – vielleicht auch nur ein Castor pro Lkw – transportiert werden. In weniger als zwei Jahren könnte es also zu bis zu 152 Lkw-Transporten von Jülich nach Ahaus kommen. Sie können sich vorstellen, meine verehrten Damen und Herren, wie viele Menschen dagegen protestieren und demonstrieren würden. Sie können sich die massenhaften Straßenblockaden vorstellen, die das zur Folge hätte.

Ich freue mich, dass sich SPD und Grüne mit uns gemeinsam gegen diese Atommülltransporte wenden.

(Beifall von der LINKEN)

Und nicht nur das: Beide sagen mit uns, den Linken, in diesem Antrag, dass die Atommülltransporte – ich zitiere aus dem Begründungstext unseres gemeinsamen Antrags – „von den Menschen entlang der Transportstrecke zu Recht nicht akzeptiert werden“. Ich betone das „zu Recht“, meine Damen und Herren, weil wir uns gegen die Diffamierung und Kriminalisierung der Menschen wenden, die sich für die Gesundheit und die Lebensperspektiven von uns allen und von unseren Kindern und Kindeskindern einsetzen. Natürlich würde das auch massive Polizeieinsätze und entsprechende Kosten verursachen und wiederum Risiken für die Gesundheit und Unversehrtheit vieler Menschen mit sich bringen.

Wir stellen in unserem gemeinsamen Antrag fest: Der Bund hat seine Pflicht zur Entsorgung des Atommülls bis heute nicht erfüllt, und Ahaus ist als Zwischenlager und nicht als zentrale Sammelstelle für hoch radioaktive Abfälle konzipiert. Die 152 Castoren müssen also weiter in Jülich bleiben, nämlich beim Verursacher. Die Bundesregierung muss über ihre maßgebliche Beteiligung dafür sorgen, dass das Forschungszentrum Jülich seinen Antrag zurückzieht. Der Bund muss sich – wie es bereits für den Rückbau der Castoren festgelegt wurde – an den Kosten der Ertüchtigung beteiligen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, für uns alle sollten die Lebensinteressen der Menschen unseres Landes und nicht die Profitinteressen des Kapitals an erster Stelle stehen. Ich wünsche mir daher sehr die Stimmen aller Fraktionen hier im Hause für den Beschluss, die Atommülltransporte von Jülich nach Ahaus zu unterbinden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN, von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Akbayir. – Als nächster Redner hat nun der Abgeordnete Wirtz für die CDU-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Josef Wirtz (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Nach dem, was wir bisher zu diesem Thema gehört haben, sollten wir uns über eines im Klaren sein: Wir reden hier über ein sensibles Thema, das Sachlichkeit und Argumente verlangt. Alles, was mit dieser Frage zusammenhängt, muss mit Recht und Gesetz vereinbar sein.

Die Sicherheit für Mensch und Umwelt steht im Mittelpunkt. Daher sind Ihre teilweise wahlkampfaktischen Äußerungen hier und in den Medien, meine Damen und Herren, fehl am Platze.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Wichtig ist, dass wir mit der Entscheidung über die weitere Lagerung offen und transparent umgehen. Deswegen zunächst ein paar Fakten:

Erstens. Das Zwischenlager in Jülich ist nur noch bis zum 30. Juni 2013 genehmigt.

Zweitens. Der Aufsichtsrat des Forschungszentrums in Jülich hat sich bereits Ende 2008 für die Verlagerung nach Ahaus entschieden.

Drittens. Die Genehmigung des Bundesamtes für Strahlenschutz für diese Transporte steht noch aus.

Ihr Antrag, meine Damen und Herren, wirft verschiedene Fragen auf. Sie fordern darin beispielsweise die Bundesregierung dazu auf, den Vorstand des Forschungszentrums in Jülich anzuweisen, die Transporte nach Ahaus nicht mehr durchzuführen, sondern eine Verlängerung des Zwischenlagers in Jülich zu beantragen. – Genau an diesem Punkt wird das Scheitern dieser Landesregierung offenkundig.

Im Landtagswahlkampf haben Sie noch den Eindruck erweckt, Sie würden die Transporte verhindern, sobald Sie in Nordrhein-Westfalen an der Regierung wären. Und so äußern Sie sich auch draußen im Land. Um Ihre Position durchzusetzen, müsste jedoch eine andere Beschlusslage im Aufsichtsrat herbeigeführt werden. Bei der letzten Sitzung des Aufsichtsrats im vergangenen November – das ist noch gar nicht so lange her – hat der Vertreter der Landes-

regierung in diesem Aufsichtsrat zu diesem Punkt aber nicht die Hand gehoben und Vorschläge gemacht.

(Zuruf von der CDU: Aha! Hört, hört! – Zuruf von der FDP: Scheinheiligkeit!)

Das müssen Sie hier auch ansprechen, das gehört auch zur ganzen Wahrheit.

Der Grund dafür ist klar: Sie wissen im Grunde ganz genau, dass es zu der Option „Transport“ überhaupt keine Alternative gibt;

(Zuruf von der SPD)

denn die anderen zur Diskussion stehenden Möglichkeiten sind bis zum 30. Juni 2013 schlicht und ergreifend nicht umsetzbar. Das wissen Sie auch selber.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Ich darf in diesem Zusammenhang nur mal an Folgendes erinnern: Das Genehmigungsverfahren zum Bau des Lagers in Jülich hat sieben Jahre gedauert. Dann hat es irgendwann mal eine Verlängerung gegeben. Dieses Verfahren hat elf Jahre gedauert. Und Sie wollen das Ganze in nun knapp zweieinhalb Jahren durchpeitschen? Wie stellen Sie sich das eigentlich vor? – Im Landtag heute einen Antrag zur weiteren Lagerung der Reststoffe in Jülich einzubringen ist nicht nur unredlich, sondern aufgrund der 2013 auslaufenden Genehmigung auch höchst unverantwortlich!

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Und hören Sie bitte endlich damit auf, den Menschen einzureden, es bestünden erhebliche Sicherheitsrisiken beim Transport der Brennelemente! Zahlreiche Tests haben bewiesen, dass die Castorbehälter sicher sind, sogar im unwahrscheinlichsten Fall eines schweren Aufschlags. Selbst der Zusammenprall mit einem Zug wurde bei diesen Tests ohne Schaden überstanden.

Das widerlegt auch Ihre Behauptung, dass die Transporte massive Polizeibegleitung erforderten. Das ist schlicht und ergreifend falsch. Es besteht keine gesetzliche Pflicht, die Transporte polizeilich zu begleiten.

(Karl Schultheis [SPD]: Super Vorschlag!)

– Ich bin noch nicht fertig.

Nötig ist der verstärkte Einsatz der Polizei nur, weil einige Gegner der Transporte erhebliche Behinderungen erzwingen wollen.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zuruf von der CDU: So ist es!)

Das hat das vom Wirtschaftsministerium in Auftrag gegebene Gutachten selber ausgesagt. Und Sie, meine Damen und Herren, tragen durch Ihr Verhalten selbst dazu bei, dass der Polizeiaufwand intensiviert werden muss.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Wirtz, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Der Abgeordnete Markert würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen, wenn Sie die zulassen.

Josef Wirtz (CDU): Nein, vielen Dank, Frau Präsidentin. Ich möchte im Zusammenhang vortragen.

Die größere Gefahr, meine Damen und Herren, geht wohl eher von den Ausnahmefällen unter dem Demonstranten aus, die es mit Recht und Gesetz nicht so ernst nehmen. Trauriger Höhepunkt dieser Entwicklung ist ohne Zweifel, dass eine der antragstellenden Fraktionen vor wenigen Wochen öffentlich zu Straftaten aufgerufen hat. Der Aufruf der Linken zum sogenannten Schottern seinerzeit ist für mich an Geschmacklosigkeit nicht zu überbieten.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zuruf von Michael Aggelidis [LINKE])

Und die Regierungskoalitionen wären eigentlich gut beraten, sich von diesen radikalen Linken zu distanzieren, statt mit ihnen gemeinsame Anträge zu stellen.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Meine Damen und Herren, halten wir fest: Das Zwischenlager in Ahaus ist im Gegensatz zu Jülich bis 2036 genehmigt. Es besitzt aktuell erhebliche freie Kapazitäten und erfüllt hohe Sicherheitsstandards. Die AVR-Brennelemente wären dort problemlos neben den bereits gelagerten 300 Castoren lagerbar.

Entgegen Ihren Behauptungen ist ein Transport nach Ahaus ein erheblicher Sicherheitsgewinn. Das liegt in der Natur der Sache, wenn man die Anzahl der Standorte minimiert. Ein Zwischenlager ist und bleibt potenziell weniger gefährlich als zwei. Zu Recht hat sich deswegen auch die frühere Wissenschaftsministerin und heutige Regierungschefin Hannelore Kraft – sie ist leider nicht mehr hier – seinerzeit

(Norbert Römer [SPD]: Was soll das denn jetzt?)

für eine völlige Altlastenfreiheit des Forschungszentrums Jülich ausgesprochen, Herr Römer, als sie noch Wissenschaftsministerin in unserem Land war. Ich kann Ihnen das belegen.

(Zuruf von der FDP: Hört, hört! – Karl Schultheis [SPD]: Das ist doch kein Widerspruch!)

Hinzu kommt, dass ein Neubau nach dem heutigen Stand der Wissenschaft und Technik eine wesentlich größere Fläche beanspruchen würde. Wer das unmittelbare Umfeld von Jülich kennt, der weiß, dass es da zu ökologischen Einschnitten kommen muss.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Das Bundesnaturschutzgesetz, Herr Schultheis, würde dies nur erlauben, wenn der Eingriff unvermeidlich ist – und das ist er durch die Alternative der Verlagerung eben nicht.

(Beifall von der CDU)

Und übrigens, meine Damen und Herren von der SPD, wenn ich Sie mal ansprechen darf: Ihr Bundestagsabgeordneter aus dem Kreis Düren, Dietmar Nietan, hat im vergangenen Jahr das Forschungszentrum in Jülich besucht. Mit Ihrer Genehmigung darf ich seine Aussage zitieren, Frau Präsidentin:

„Aber es macht keinen Sinn, in Jülich ein neues Zwischenlager zu bauen, wenn bereits schon jetzt die Brennelemente genauso sicher in Ahaus gelagert werden könnten. Alles andere wäre eine Verschwendung von Steuergeldern in Millionenhöhe.“

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Der Vorsitzende der SPD Mittelrhein wusste offenbar damals schon, dass ein Verbleib der Brennelemente in Jülich ungefähr sechsmal so teuer ist wie der Transport mit anschließender Lagerung in Ahaus. Wieso begrüßen Sie das denn nicht ebenso, meine Damen und Herren insbesondere der SPD?

Liebe Vertreterinnen und Vertreter der Grünen, wo waren Sie denn

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Hier! – Hans Christian Markert [GRÜNE]: Hier!)

eigentlich im Sommer 2005, als Ihr Umweltminister Jürgen Trittin Atomwüstentransporte von Rossendorf nach Ahaus genehmigt hat?

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zurufe von den GRÜNEN)

Herr Markert, wieso haben Sie denn seinerzeit nicht demonstriert oder Anträge gestellt, als russische Brennelemente von Rossendorf nach Ahaus verlagert wurden? Waren das denn damals gute und notwendige Transporte – und heute nicht?

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zurufe von den GRÜNEN)

Wenn Sie dem Bund vorwerfen, er habe seine Pflicht zur Schaffung eines Endlagers nicht erfüllt, wie wir eben vernommen haben, so möchte ich Sie daran erinnern, dass es die frühere rot-grüne Bundesregierung im Jahre 2001 unter der Kanzlerschaft von Gerhard Schröder gewesen ist, die den Fortgang zur Erkundung eines Endlagers in Deutschland durch ein Moratorium aufgehoben hat. Diesen Vorwurf richten Sie dann bitte an Ihre Leute, die das damals zu verantworten hatten, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Erst mit der Verabschiedung des Energiekonzepts von Norbert Röttgen im vergangenen Herbst gibt es auch im Bereich der Endlagerforschung wieder Fortschritte. Da sind uns wertvolle zehn Jahre verloren gegangen. Jetzt wollen Sie den Schwarzen Peter dem Bund zuschieben, meine Damen und Herren. Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Wer von den antragstellenden Fraktionen übernimmt denn überhaupt die Verantwortung dafür, wenn ab dem 30. Juni 2013 ein nicht mehr genehmigtes Zwischenlager in Jülich weiterbetrieben werden wird? Übernehmen Sie dann die Verantwortung?

In meinen Augen verfolgen Sie nur ein Ziel. Sie nutzen die Frage der Verlagerung von bereits vorhandenem radioaktivem Material aus, um eine Anti-Atom-Debatte zu führen.

Auch das ist unredlich, meine Damen und Herren; denn die persönliche Haltung zur Kernenergie hat mit der Frage nach dem Umgang mit vorhandenem Material aus längst stillgelegten Versuchsreaktoren ganz wenig zu tun.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Wir brauchen für die Brennelemente vergangener Jahre eine Lösung. Ihren unverantwortlichen Weg wird die CDU-Fraktion nicht mitgehen. Wir stellen uns der Verantwortung. Für uns hat dabei die Sicherheit allerhöchste Priorität. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Wirtz. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Brockes das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dietmar Brockes (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben bisher wenige Anträge von Rot-Grün erhalten und in diesem Plenarsaal debattieren dürfen. Das hier ist aber schon der dritte Antrag zu den Castortransporten. Und siehe da: An dieser Stelle ist auch das ganze Regierungsbündnis aus Rot-Rot-Grün sichtbar.

Meine Damen und Herren, das Verhalten in dieser Frage ist in keinem Fall in irgendeiner Weise von Verantwortung für dieses Land geprägt.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Ehrlich gesagt, betreibt Rot-Grün an dieser Stelle ein perfides Spiel. Aus parteitaktischem Kalkül soll der Rückbau des Reaktors in Jülich verzögert und behindert werden.

Für die Zuhörer, die nicht wissen, warum wir hier überhaupt über radioaktiven Müll reden: Dort geht es um einen 1969 in Betrieb genommenen For-

schungsreaktor, der 1988 abgeschaltet wurde – alles in sozialdemokratischer Regierungszeit. Bis zum Jahr 2015 soll der Ort, an dem der Forschungsreaktor stand, zur grünen Wiese zurückgebaut werden, und zwar unter wissenschaftlicher Begleitung. Die aktuell existierende Genehmigung für ein Zwischenlager läuft aber 2013 aus. Jülich hat deshalb beantragt, die Castoren ins Zwischenlager Ahaus zu verbringen. Über diese Transporte muss das Bundesamt für Strahlenschutz entscheiden.

Das Zwischenlager in Jülich ist bereits älter und müsste aufwendig umgebaut werden; denn der Stand der Technik verlangt heute die Sicherung gegen Flugzeugabstürze und Terroranschläge. Das ist auch gut und richtig. Dafür ist die bestehende Halle schon allein deshalb nicht geeignet, weil sie zu nah an der Straße liegt. Die Kosten für eine neue Halle belaufen sich auf etwa 40 Millionen €. Weitere mindestens 180 Millionen € würden für die notwendige Infrastruktur und das Personal anfallen.

Diese Kosten von 220 Millionen € stehen den von der Landesregierung geschätzten Transportkosten von 76 Millionen € entgegen. 220 Millionen € oder 76 Millionen €, Herr Markert! Erzählen Sie dann bitte nicht, was dies für den Haushalt bedeutet. Es dürfte jedem klar sein, dass Ihre Rechnung die viel teurere ist.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Das Zwischenlager Ahaus ist wesentlich moderner und hat ausreichend Kapazitäten. Insofern brächte die Konzentration an einer Stelle wesentlich niedrigere Kosten mit sich. Eine Entscheidung ist zwar noch nicht gefallen. Dabei müssen aber auch solche Tatsachen berücksichtigt werden.

Vonseiten der Landesregierung fehlt eine fachliche Begründung, warum der Standort Jülich erhalten bleiben soll. Nur darauf zu verweisen, dass man die Transporte nicht will, reicht nicht aus, Herr Minister. – Ich hoffe, dass er noch irgendwo anwesend ist.

Die Frage ist auch: Reicht die Zeit bis 2013 für ein Genehmigungsverfahren aus? Das sieht das Bundesforschungsministerium sehr kritisch und meint, dass eine Genehmigung und ein rechtskonformer Lagerzustand bis zum 30. Juni 2030 faktisch ausgeschlossen seien. Der Kollege Wirtz hat eben sehr deutlich gemacht, wie lange das im Moment gültige Genehmigungsverfahren damals gebraucht hat.

Meine Damen und Herrn, die Landesregierung meint, das sei zeitlich zu bewerkstelligen. Unsere Position ist dagegen: Sicherheit vor Schnelligkeit! – Es darf nicht geschludert werden, schon gar nicht, wenn Rot-Grün aus parteitaktischem Kalkül auf schnelle Genehmigung drängt. Es wird zum Beispiel Bürgerbegehren geben. Und auch Bürgerbeteiligungen müssen entsprechend berücksichtigt werden. Das ist, ehrlich gesagt, in zwei Jahren nicht zu schaffen, und das weiß die Landesregierung auch. Vielleicht ist es aber genau das, was die Landesre-

gierung will, nämlich einen rechtswidrigen Zustand erzwingen.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Für Deutschland ist die wissenschaftliche Begleitung des Rückbaus jedenfalls enorm wichtig. Denn unabhängig von der Position zur Kernenergie müssen in Deutschland in den nächsten Jahren und Jahrzehnten kerntechnische Anlagen zurückgebaut werden. „Jülich“, meine Damen und Herren, soll und wird zeigen, dass und wie dies geschehen kann.

(Vorsitz: Präsident Eckhard Uhlenberg)

SPD und Grüne betreiben aber seit Jahren ein perfides Spiel, was die Lagerung von Abfall aus Kernforschung und Kernenergie angeht. Aus reinem parteitaktischen Kalkül wird verzögert und blockiert. Vor allem unter der Regierung Schröder/Fischer wurde zehn Jahre lang ein Moratorium für die Endlagersuche verhängt. Das sind zehn verlorene Jahre in der Frage, wie wir mit strahlendem Material verantwortlich umgehen.

(Minister Johannes Remmel: Das ist dummes Zeug!)

Dabei stellt sich gar nicht die Frage, wie man zur Kernenergie steht.

Meine Damen und Herren, sicher war der Einstieg ohne Endlagerlösung fragwürdig. Aber die Politik der Gegenwart muss jetzt für Lösungen dieses Problems sorgen. Natürlich liegt es im Interesse der Grünen, eine solche Lösung möglichst lange hinauszuzögern. Am liebsten ist ihnen dabei die Verteilung der Castorbehälter im ganzen Land, um möglichst viele Leute vor Ort zu mobilisieren, wie es ja am vergangenen Wochenende in Jülich deutlich wurde.

Meine Damen und Herren, die grüne Protestpartei versucht damit, Stimmungen auszunutzen. Dabei fragt man sich die ganze Zeit, warum die SPD den Grünen bei diesem Thema so hörig hinterherläuft, statt, wie es eigentlich notwendig wäre, ihrer staatspolitischen Verantwortung gerecht zu werden.

Meine Damen und Herren, das Verhindern von Forschung zum Zweck des Rückbaus von kerntechnischen Anlagen dient nur der parteipolitischen Profilierung der Grünen in der Öffentlichkeit. Der Ausstieg aus der Kerntechnik ist allerdings schon beschlossene Sache. Deshalb müssen jetzt Lösungen gefunden werden.

Wir fordern die Landesregierung auf, ihrer Verantwortung für das Land gerecht zu werden, daran mitzuwirken und eben nicht zu blockieren. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Präsident Eckart Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Brockes. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Schulze.

Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Brennelemente aus Jülich dürfen nur noch ein einziges Mal transportiert werden, und zwar auf dem Weg in ein Endlager. Die Landesregierung lehnt jegliche Transporte darüber hinaus ab,

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

weil sie unnötig sind, weil sie ein Sicherheitsrisiko darstellen und weil sie Nordrhein-Westfalen für fast ein Jahr in einen Ausnahmezustand zwingen würden.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Wir können es nicht verantworten, den Atommüll quer durch Nordrhein-Westfalen, einer der am dichtesten besiedelten Regionen in Deutschland, zu transportieren. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen erwarten von uns zu Recht, dass wir verantwortlich handeln. „Verantwortlich handeln“ heißt in diesem Fall, dass wir die Lagerung in Jülich ermöglichen und das vorhandene Lager ertüchtigen. Das sieht übrigens auch die Bevölkerung so. Ein Wanderzirkus für Atommüll ist in der Öffentlichkeit nicht vermittelbar. Es wird Widerstand geben.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Wir haben noch sehr genau vor Augen, als es um die Transporte von La Hague nach Gorleben ging, wie die Proteste waren und was dort passiert ist. Die „Westfalenpost“ hat doch recht, wenn sie heute sagt, dass man keine Prophetin sein muss, um sich einen über Monate hinziehenden Ausnahmezustand zwischen Jülich und Ahaus vorzustellen. Man muss auch keine Prophetin sein, um zu wissen, dass diese Transporte wieder mit übermäßigen Belastungen der Polizei verbunden sein werden. Man muss auch keine Prophetin sein, um die Kritik an den hohen Ausgaben für den Transport vorherzusehen.

Meine Damen und Herren, wenn wir aus Protesten wie um „Stuttgart 21“ in den letzten Monaten eines gelernt haben ...

Präsident Eckhard Uhlenberg: Frau Ministerin, würden Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Tenhumberg zulassen?

Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Nein, ich will das im Zusammenhang darstellen.

Wenn wir etwas aus „Stuttgart 21“ gelernt haben, dann doch, dass man sich um Akzeptanz bemühen muss, dass wir die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen müssen. Für den Transport von 152 Castoren mit 300.000 hochradioaktiven Brennelementen gibt es keine Akzeptanz. Das ist eine schwere Hypothek, die wir in Nordrhein-Westfalen schultern müssen.

Nun kann man der Hypothek nicht damit begegnen, dass man nach der Vogel-Strauß-Politik einfach den Kopf in den Sand steckt. Mit dem Wechsel des Lagerortes innerhalb Nordrhein-Westfalens haben wir kein einziges Problem gelöst. Die Risiken und Belastungen für die Bevölkerung würden lediglich um ein paar hundert Kilometer innerhalb von Nordrhein-Westfalen verlagert.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Auch deshalb ist der Transport der Castoren nicht zu verantworten. Die nächsten Transporte mit entsprechenden Risiken und Kosten sind dann nämlich unvermeidlich, weil es irgendwann in ein Endlager gehen muss.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Das Transportbehälterlager Ahaus ist als Zwischenlager konzipiert worden, nicht als zentrale Sammelstelle für hochradioaktive Abfälle. Es gibt ein Ende der Aufbewahrungsgenehmigung auch für Ahaus, nämlich den 31. Dezember 2036.

Die wirklich zentrale Frage lautet doch: Kommt der Bund endlich seiner Pflicht nach, ein Endlager bereitzustellen?

(Widerspruch von Bernhard Tenhumberg [CDU])

Es stimmt nicht, was eben in der Debatte gesagt wurde, dass das die rot-grüne Bundesregierung damals nicht wollte. Nein, das haben damals CDU und FDP verhindert, indem sie nämlich darauf bestanden haben, dass nur der Standort Gorleben und nichts Weiteres untersucht wird. Es ist ein politisches Versäumnis der schwarz-gelben Bundesregierung. Wer wie Sie von CDU und FDP die Kernenergie als Übergangstechnologie für unverzichtbar hält, der muss sich auch darum kümmern, wo der ganze Müll langfristig lagern soll. An dieser Stelle muss man einfach einmal festhalten: Der Bundesumweltminister ist in dieser Sache bisher nicht weitergekommen. Er muss endlich seine Verantwortung übernehmen. Eine bloße Verlagerung der Brennelemente von Jülich nach Ahaus ist doch nur eine Scheinlösung.

Herr Wirtz, wir müssen in der Debatte redlich bleiben: Es gab zwei Anträge, die das Forschungszentrum Jülich gestellt hat, nämlich einen Antrag auf Transport und einen Antrag auf Ertüchtigung des vorhandenen Lagers. Die Vertreter der alten Regierung haben in der Übergangsphase den Antrag auf Ertüchtigung zurückgezogen, sodass nur noch der

Antrag auf Transporte übrig blieb. Für die Situation, die wir heute haben, tragen Sie ein ganzes Stück Verantwortung.

(Beifall von den GRÜNEN und von Karl Schultheis [SPD] – Josef Hovenjürgen [CDU]: Das war der Aufsichtsrat!)

– Das war der Aufsichtsrat, da haben Sie recht. Die Vertreter der alten Landesregierung haben es aber mit vorangetrieben.

Für uns ist es heute selbstverständlich, dass ein Zwischenlager die Bedingungen des Gesetzes erfüllen muss. In Jülich müssen die Sicherheitsstandards erhöht werden, um eine Verlängerung der Genehmigung zu erhalten. Es darf und wird keinen genehmigungslosen Zustand geben. Daran müssen aber alle mitarbeiten, Herr Brockes, und auch die Bundesregierung ist gefordert.

Natürlich wird das Ganze auch Geld kosten. Dieses Geld ist dort sinnvoller investiert als für die Absicherung der Transporte. Die Zahlen und Fakten über die angeblichen Kosten, die hier kursieren, muss man erst einmal genau erheben. Bisher ist alles, was hier im Raum genannt wurde, spekulativ. Die Kostenschätzung können wir erst machen, wenn das Bundesamt für Strahlenschutz die notwendigen Maßnahmen für die Ertüchtigung formuliert hat. Erst dann wissen wir, was konkret wir finanzieren müssen. Bundesumweltminister Röttgen hat es in der Hand, hier zu einer Lösung zu kommen und den Prozess konstruktiv zu begleiten.

Die Bundesregierung wird sich an den Kosten beteiligen. Die Aufteilung von 70 % Bund und 30 % Land ist 2003 so vereinbart worden. Deswegen sind wir an dieser Stelle auf eine klare Aussage von Minister Röttgen angewiesen. Die Botschaften aus Berlin sind zurzeit aber eher eine babylonische Sprachverwirrung. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung sagt: Der Transport nach Ahaus muss sein, die Lagerung in Jülich ist nicht machbar. Der Bundesumweltminister möchte sich nicht festlegen und hält nur die sichere Lagerung für notwendig. Da wird ihm niemand widersprechen, aber es hilft in der Sache nicht weiter. Das Bundesamt für Strahlenschutz sagt noch im Dezember 2010: Ein Zeitplan für die rechtzeitige bauliche Nachrüstung in Jülich ist möglich und unter bestimmten Bedingungen machbar.

Die NRW-Landesregierung stellt diesem Hickhack aus Berlin eine ganz klare Aussage entgegen: Wir wollen keine Transporte nach Ahaus. Wir wollen, dass das Zwischenlager am Standort Jülich ertüchtigt wird und die Brennelemente erst einmal dort bleiben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Durch einen Transport haben wir keine Verbesserung für die Situation in Nordrhein-Westfalen. Die Landesregierung unterstützt den Verbleib der Brenn-

elemente in Jülich durch Gespräche mit dem Bund und durch das BfS.

Ich appelliere an dieser Stelle noch einmal ganz offensiv an den Bundesumweltminister, der ja auch eine Verankerung in Nordrhein-Westfalen hat: Sie haben es in der Hand, mit uns gemeinsam für Nordrhein-Westfalen eine Lösung zu ermöglichen, die Mensch und Umwelt schützt. Ermöglichen Sie Nordrhein-Westfalen eine Lösung, die die Castoren nicht zu einem hochbrisanten und teuren Wanderzirkus machen.

Im Rahmen der eigenen Zuständigkeit des Bundesumweltministers wäre es scheinheilig, einerseits Sicherheit zu fordern und uns auf der anderen Seite nicht die Möglichkeit zu geben, diese Sicherheit zu schaffen. Sorgen Sie dafür, dass wir in Nordrhein-Westfalen den Menschen sagen können: NRW ist atommüllfrei. Es ist ein Endlager gefunden, das wirklich eine verantwortungsvolle Nutzung erlaubt.

Dem Landtag empfehlen wir die Annahme des fraktionsübergreifenden Antrags. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Ministerin Schulze. – Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Hovenjürgen.

Josef Hovenjürgen (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Kollege Stinka, liebe Frau Ministerin, ich kann es Ihnen nicht ersparen. Herr Stinka, ich kann verstehen, dass man sich als Abgeordneter aus dem Münsterland mit den Fragen befasst. Richtig ist aber auch: Die Grundsteinlegung sowie die Einweihung des Zwischenlagers haben sozialdemokratische Minister vorgenommen. Die Planungen, hier Atommüll zwischenzulagern, sind Ergebnisse sozialdemokratischer Regierungspolitik. Auch das gilt es im Lande nicht zu verschweigen. Das gehört nun einmal zur Wahrheitsfindung dazu.

(Britta Altenkamp [SPD]: Und jetzt?)

Man hat Ahaus aus Sicht von Sozialdemokraten als Standort für ein Zwischenlager auserkoren. Insofern ist es ein Stückchen eine perfide Haltung, sich heute der Verantwortung zu entziehen und zu sagen: Jülich hat damit zu leben, dass es ein dauerhaftes Zwischenlager mit Tendenz zum Endlager bekommt. Sie können die Kraft für eine Endlagerfindung politisch nicht aufbringen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

In Ihrer bundespolitischen Verantwortung haben Sie doch ein zehnjähriges Moratorium verhängt, ohne an einem neuen Standort, einem Alternativstandort für ein Endlager zu arbeiten.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Karl Schultheis [SPD]: Das wollt ihr doch in Berlin erledigen!)

Die Kraft, ein Endlager zu identifizieren, werden Sie auch heute nicht aufbringen, geschweige denn die politische Verantwortung dafür übernehmen.

Umso verantwortungsloser finde ich es, Frau Altenkamp, über Transportkosten zu reden, bei denen man selbst dazu beiträgt, dass sie ins Unermessliche steigen, weil man die Menschen emotionalisiert,

(Karl Schultheis [SPD]: Die braucht man nicht zu emotionalisieren!)

sie auf die Straße treibt und auch noch zu Straftaten wie Schottern und Ähnlichem aufruft. Mit denen, die das getan haben, stellen Sie sich in eine Reihe. Das, was wir heute mit Ihrem gemeinsamen Antrag in diesem Hause erleben, ist schon ein wenig traurig, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Eins bleibt richtig: Selbst wenn Sie endlagern wollen – es wurde ja beklagt, es gäbe kein Endlager –, müssen Sie transportieren. Wenn Transporte unverantwortlich sind, wie füllen wir dann ein Endlager? Wenn es ein Zwischenlager gibt, das dafür vorgesehen war und allen notwendigen rechtlichen und sicherheitstechnischen Voraussetzungen entspricht, warum müssen wir dann ein neues bauen, mehr Geld ausgeben? Warum nutzen wir nicht dieses Lager? Warum ist es unmöglich, rechtlich einwandfreie Transporte auf einer Grundlage durchzuführen, die Sozialdemokraten geschaffen haben, nämlich ins Zwischenlager Ahaus, meine Damen und Herren?

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Man muss in der Politik schon länger über das nachdenken, was man vorher verantwortet hat. Zur gemeinsamen Verantwortung in diesem Land gehört, dass Sozialdemokraten die Situation, die wir heute mit dem Endlager Ahaus haben, so vorgesehen und politisch gewollt haben. Sie haben dieses Endlager auf den Weg gebracht und politisch durchgesetzt, Sie haben es eingeweiht. Heute machen Sie sich vom Acker und sagen: Damit haben wir nichts zu tun, wir bekämpfen die Transporte und die Zwischenlagerung. Das ist sozialdemokratisch verantwortete Politik. Das geht nicht in meinen Kopf, meine Damen und Herren. Das können Sie auch den Bürgern draußen nicht mehr erklären.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Karl Schultheis [SPD]: Das liegt an Ihrem Kopf!)

Insofern noch einmal: Kommen Sie zurück in eine verantwortete Politik! Ziehen Sie diesen Antrag zurück! Nehmen Sie nicht an dieser Dreierkoalition teil – auch die Sozialdemokraten nicht! Sie haben das, was in diesem Land anzutreffen ist, auch den THTR, wo wir den Müll finden, politisch verantwortet.

Auch der ist von Sozialdemokraten gewollt worden, und Sie haben heute mit allem nichts mehr zu tun. Sie waschen Ihre Hände in Unschuld und erklären heute, den Landesvorsitzenden der Union, Norbert Röttgen, als den Verantwortlichen für diese Situation.

Nein, in diese Situation haben Sie uns gebracht, und jetzt haben Sie die Verantwortung, diese Situation mit zu beherrschen und das nicht nur gegenüber den Menschen auf dem Transportweg, sondern auch gegenüber den Menschen in Jülich, die einen Anspruch haben, eine rechtlich und sicherheitstechnisch einwandfreie Lösung zu bekommen, die Sie in dem Zeitfenster, das uns zur Verfügung steht, nicht mehr darstellen können. Das hat Kollege Wirtz eindrucksvoll dargelegt. Ich sage noch mal: Kommen Sie zurück in die Verantwortung und werden Sie auch den Menschen am Standort Jülich gerecht! – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Hovenjürgen. – Für die SPD-Fraktion spricht der Herr Abgeordnete Schultheis.

Karl Schultheis (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Wirtz hatte zur Sachlichkeit aufgerufen, aber Ihr Wortbeitrag, Herr Hovenjürgen, hat diese Aufforderung ad absurdum geführt. Es ist sicherlich richtig, dass die Sozialdemokratie in der Vergangenheit eine andere Positionierung zur Kernenergie angenommen hat als heute. Das ist eine historische Entwicklung. Dazu gehören Erkenntnisse. Aber wir haben die Konsequenzen daraus gezogen,

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

dass wir heute den Einsatz von Kernenergie zur wirtschaftlichen Nutzung ablehnen. Es ist in der Vergangenheit sicherlich so gewesen, dass NRW – die Landesregierung unter SPD-Führung – für die Lagernotwendigkeiten Vorsorge getroffen hat. So ist in der Tat das Zwischenlager in Ahaus entstanden.

Aber, Herr Wirtz, wir brauchen die Bevölkerung nicht zu mobilisieren und auch nicht zu emotionalisieren. Das tut die Bevölkerung bereits jetzt. Letztes Wochenende ist noch mal ganz deutlich geworden, wie sensibel die Menschen in der Aachener, Dürener und Jülicher Region sind gegenüber der Frage: Soll es diese Castortransporte geben oder nicht? Ihre Politik auf Bundesebene, die Aufkündigung des Atomkonsenses, den wir erreicht hatten – ein schwieriger Prozess –, führt jetzt zu einer Solidarisierung der Bürgerinnen und Bürger an den Standorten. Denn am vergangenen Wochenende waren in Jülich auch Vertreterinnen und Vertreter aus Ahaus, aus dem Wendland. Sie haben dazu beigetragen, die Lösung dieser Frage komplizierter zu gestalten, als sie durch den Atomkompromiss wirklich

hergestellt worden war. Das ist Ihre Verantwortung; das ist die Verantwortung der CDU und der FDP.

Über Kosten können wir gerne reden. Sie haben bei der Genehmigung der Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke mit der Atomindustrie, mit der Energieindustrie vereinbart, dass es bei den Sanierungskosten eine Deckelung gibt.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Nein!)

– Aber hallo. Bei den Sanierungskosten haben Sie eine Deckelung mit vereinbart.

(Widerspruch von Josef Hovenjürgen [CDU])

Das sind auch Kosten, die zulasten der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger gehen, die Sie zu verantworten haben.

(Dietmar Brockes [FDP]: Falsch!)

Ein weiterer Punkt ist, wer hier mit wem zu welcher Sachfrage abstimmt. Ich sage das, weil Sie als Blockflötenpartei CDU und die Blockflöten der FDP ständig darauf rumreiten, wenn man in einer sachlichen Frage mit der Linken zusammen stimmt.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Hovenjürgen zulassen, der auf dem Platz von Herrn Laschet sitzt?

Karl Schultheis (SPD): Ja, bitte schön.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön.

Josef Hovenjürgen (CDU): Herzlichen Dank, dass Sie die Frage zulassen. – Sind Sie bereit zur Kenntnis zu nehmen, dass der Kompromiss, den Rot-Grün mit der Atomlobby, um es mal so zu beschreiben, getroffen hat, die Atomlobby 20 Jahre lang von jeder Investition in die Sicherheit befreite, dass das, was sie als Deckel bezeichnen, bei 500 Millionen steht und dass darüber hinaus investiert werden muss, wenn es notwendig ist, was allerdings dem Fonds nicht mehr zugeführt werden braucht? Das ist die Wahrheit.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter.

Karl Schultheis (SPD): Die Wahrheit ist, dass die von CDU und FDP gestützte Bundesregierung in einen Deal eingetreten ist, der die Laufzeiten der Atomkraftwerke verlängert und damit auch die Mengen an Atommüll weiter produzieren lässt.

(Dietmar Brockes [FDP]: Was hat das mit Jülich zu tun?)

– Eine ganze Menge. Es geht um Lagerkapazitäten für Atommüll, die wir in der Bundesrepublik nicht zur Verfügung haben. Ein Endlager haben wir allemal nicht zur Verfügung. Dieses Risiko gehen Sie ganz bewusst sein. Selbstverständlich, Herr Brockes, steht das in einem Kontext mit der Frage, die wir heute diskutieren.

Ich sage es noch mal: Der Widerstand in der Region wächst. Die SPD spricht sich gegen die geplanten Castortransporte aus. Wir sagen ganz klar: ohne Endlager keine Transporte.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Tenhumberg zulassen?

Karl Schultheis (SPD): Ja, gerne.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Herr Tenhumberg.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Kollege, stimmen Sie der Aussage der Ministerin zu, die gerade gesagt hat, dass sie jegliche Transporte von Atommüll ablehnt, eingeschlossen Transporte, die aus dem Zwischenlager Ahaus in ein eventuell zu gründendes Endlager vorsehen?

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, bitte schön.

Karl Schultheis (SPD): Darauf kann ich Ihnen keine endgültige Antwort geben. Aber ich gehe davon aus, wenn wir in der Bundesrepublik Deutschland ein Endlager zur Verfügung haben, müssen wir die gesamte Frage, wie aus Zwischenlagern eine Endlagerung erfolgen kann, hier diskutieren und entscheiden. Das steht wohl auf der Tagesordnung. Sonst brauchten wir kein Endlager. Wir sind sehr daran interessiert, dass es ein Endlager gibt und diese Frage geklärt wird. Nochmals: ohne Endlagerung keine Transporte.

Das widerspricht auch nicht der Aussage der ehemaligen Wissenschaftsministerin, Frau Kraft, die gesagt hat: Ich wünsche mir, dass das FZJ nuklearfrei wird. – Ich formuliere es mal so. Dabei bleiben wir auch. Sie wissen genau, auch wenn die jetzigen Transporte erfolgen würden, wird der Standort Jülich nicht nuklearfrei sein, sondern der Rest des AVR-Reaktors wird weiterhin auf dem Gelände stehen und eine Restgefährdung bedeuten, wenn dort nicht eine Absicherung nach dem Stand der Technik erfolgen wird. Die Aussage von Frau Kraft in der Vergangenheit ist also kein Widerspruch.

Auch die sonstigen Aussagen von Kolleginnen und Kollegen stehen dazu nicht im Widerspruch, weil die

alle vor der Aufkündigung des Atomkompromisses getroffen wurden.

Ich sage es noch mal: Die Solidarität der Regionen wächst in dieser Frage. Ich habe aus Sicht des Wissenschafts- und Forschungspolitikers ein gewisses Verständnis, dass das FZJ daran interessiert ist, diese Altlast loszuwerden. Nun muss ich sagen, das FZJ hat sich hervorragend aus der Kernforschungsanlage Jülich heraus zu einem Forschungszentrum mit herausragenden Forschungsschwerpunkten, auch im Bereich der Energieforschung, entwickelt. Ich glaube, dass das FZJ diese Altlast tragen kann, bis wir eine Möglichkeit finden, eine Endlagerung vorzunehmen.

Von daher: Man muss zu seiner Vergangenheit stehen. Das muss auch das FZJ, das muss jede politische Partei, das muss jede Person tun, und das gilt auch hier. Man kann die Altlasten nicht zulasten anderer verteilen.

Meine Damen und Herren, in dem Zusammenhang ist schon erstaunlich, dass die Bundesregierung eine Stellungnahme gegenüber den „Aachener Nachrichten“ abgegeben hat, die heute abgedruckt ist, wonach man weiß, dass ein Antrag auf Ertüchtigung des Zwischenlagers im Forschungszentrum Jülich in der verbleibenden Zeit bis Juni 2013 nicht genehmigt werden kann.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Man formuliert es ein bisschen vorsichtiger, denn dort steht, man zweifelt daran. Man weiß es also nicht, man zweifelt daran.

Wir sind der Meinung – das zeigt auch unser Antrag, das zeigt auch die Stellungnahme der Landesregierung –, dass ein solches Genehmigungsverfahren sehr wohl erfolgreich beendet werden kann.

Ich sage es noch einmal: Eine Bundesregierung, die ohne jede Vorsorge die Laufzeiten der Atomkraftwerke verlängert, ohne die Frage der Lagerung des Mülls geklärt zu haben, ist bei der Bewertung dieser Frage „Ist das möglich?“ aus meiner Sicht unglaublich. Das ist gar keine Frage. Sie sind mit Ihren Beschlüssen einfach ins Risiko gegangen,

(Dietmar Brockes [FDP]: Was?)

ohne die Risiken bis zum Ende zu denken.

Wenn es darum geht, die Kostenfrage zu diskutieren, dann können wir sehr gern darüber diskutieren, welche volkswirtschaftlichen Kosten insgesamt mit der Fortführung der Nutzung der Kernenergie im Bereich der Energiewirtschaft verbunden sind. Darüber können wir gerne trefflich diskutieren. Sie werden sehen, diese Diskussion wird im politischen Ergebnis nicht zu Ihren Gunsten ausgehen.

Deshalb, meine Damen und Herren, ist es unredlich, den Versuch zu starten, die Castortransporte oder eine weitere Zwischenlagerung in Jülich an die weitere Kostenfrage zu binden.

Wir jedenfalls fordern den Bund, in diesem Fall vertreten durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung, als Mehrheitsgesellschafter auf, im Aufsichtsrat des Forschungszentrums Jülich gemeinsam mit dem Minderheitsgesellschafter Land Nordrhein-Westfalen, vertreten durch das Wissenschaftsministerium, alle notwendigen Beschlüsse zu fassen, dass der in Jülich produzierte Atom Müll – der ist dort produziert worden – nach dem derzeitigen Stand der Technik auch dort verbleiben kann, bis es eine Endlagerungsmöglichkeit gibt.

Dafür treten wir ein, und wir wissen uns im Einklang mit den Menschen unserer Region, die sehr wohl wissen, dass das Sankt-Florian-Prinzip hier nicht gelten kann. Sankt Florian haben wir heute Morgen diskutiert, Süddeutschland gegen Norddeutschland. Das ist im Übrigen auch ein Thema, was die Nutzung der Atomenergie angeht. Die einen wollen wirtschaften, Gewinne machen, und die anderen sollen den Müll entsorgen.

(Bernhard Tenhumberg [CDU]: Das haben Sie doch auch damals gemacht! Das hat er vergessen!)

Diese Art der Solidarität weisen wir zurück. Wir wollen eine konkrete Lösung. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schultheis. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Abgeordneter Markert.

Hans Christian Markert (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will kurz auf einige Punkte der Debatte eingehen.

Erstens. Herr Brockes, Sie hatten die Frage aufgeworfen, wer hier gemeinsamer Antragsteller ist. Sie telefonieren jetzt; vielleicht sollten Sie einmal zuhören.

(Dietmar Brockes [FDP]: Ich höre zu, Herr Kollege!)

Sie haben auch schon erfolglos die Volkskammerabstimmungen hier probiert.

Zweitens. Herr Wirtz, Sie hatten davon gesprochen, man könnte diese Transporte auch ohne Polizeibegleitung machen,

(Josef Wirtz [CDU]: Na klar!)

wenn es keine Demonstrationen gäbe.

Ich habe Sie vorhin in meinen Ausführungen darauf hingewiesen, um welche Form von Castoren es sich handelt und dass die Gefahr besteht, dass unbefugte Dritte 152-mal darauf zugreifen, weil das die klei-

neren Castoren sind, die zwar 30 t wiegen, aber eben nur einen Meter hoch sind.

Insofern: Es geht um den Schutz vor dem unbefugten Zugriff Dritter, und dafür braucht man eine ausreichende Sicherheit. Denn wir fahren immerhin 180 km per Lkw quer durch Nordrhein-Westfalen, und die Bevölkerung hat einen Anspruch darauf, dass es nach Recht und Ordnung zugeht.

Ich frage mich auch, warum wir hier eigentlich darüber streiten, ob es sinnvoll ist, von Zwischenlager eins in Zwischenlager zwei zu transportieren. Die Frage, die hier zu Recht im Raum steht, ist: Wann gibt es ein Endlager? Ich sage das noch einmal und habe es auch an anderer Stelle gesagt: Wir Grüne stehen bereit, ergebnisoffen nach einem Endlager zu suchen. Der Preis dieses Kompromisses ist dann allerdings, zu sagen: Schluss mit dieser unverantwortbaren Technologie. Dann suchen wir auch gern dort, wo es das Gestein gibt, in Bayern und Baden-Württemberg. Aber lassen Sie uns aufhören, unsinnige Transporte von einem zum anderen Zwischenlager zu machen. Denn dadurch entstehen zusätzliche Kosten und ein zusätzliches Risiko.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Drittens. Herr Wirtz, Sie hatten die Frage der Genehmigungen angesprochen. Wir können rein rechtlich gesehen eine begrenzte Verlängerung der Genehmigung für die Zwischenlagerung in Jülich erwirken. Voraussetzung ist, dass Maßnahmen für die Ertüchtigung eingeleitet und beantragt werden, genauer, dass nun eine Umweltverträglichkeitsprüfung und eine Baugenehmigung für die Ertüchtigung des Zwischenlagers angegangen werden. Die atomrechtliche Genehmigung wird dem aller Voraussicht nach folgen. Wenn wir mehr Zeit haben, können wir auch noch einmal über eine aktive Duldung, wenn ein kleines zeitliches Delta entstehen sollte, reden.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Abschließend: Jetzt gilt es. Richten Sie Ihrem Vorsitzenden und Frau Schavan – auch sie stammt aus Nordrhein-Westfalen, sogar aus meinem Wahlkreis, aus Neuss – bitte aus: Die Frage des 152-fachen Castortransports ist in vielerlei Hinsicht eine Gewissensfrage. Damit kennt sich Frau Dr. Schavan vermutlich gut aus, lautete der Titel ihrer Doktorarbeit doch: „Person und Gewissen. Studien zu Voraussetzungen, Notwendigkeit und Erfordernissen heutiger Gewissensbildung“. Und dies ist eine Gewissensfrage. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Markert. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Abruszat noch ein bisschen Redezeit.

Kai Abruszat (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Emotionen und Ideologie – das sind schlechte Ratgeber. Das haben wir heute wieder gesehen.

(Beifall von der FDP – Karl Schultheis [SPD]: Haben Sie bei der SPD ein Seminar gemacht?)

Denn das, was wir heute hier nicht diskutieren, ist das Thema „Sicherheitsstandards“. Das müssen wir aber diskutieren, weil der 30. Juni 2013 wie ein Damoklesschwert über uns hängt. Da brauchen wir pragmatische Lösungen und keine ideologisch motivierten Debatten, wie wir sie hier führen. Denn niemand kann ein Interesse daran haben, dass wir nach diesem Zeitpunkt genehmigungsfreie, genehmigungslose, rechtswidrige Zustände haben, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Im Interesse der Bürgerinnen und Bürger ist geboten, dass wir den aktuellen Stand der Technik und die aktuellen Sicherheitsstandards in den Fokus nehmen.

(Beifall von der CDU)

Das ist das Entscheidende, meine Damen und Herren:

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Eine sorgfältige Planung für eine sichere Lagerung des Atommülls aus Jülich.

Was wir nicht brauchen, ist ein ideologisch motivierter Schnellschuss aus der Hüfte, der jegliche staatspolitische Verantwortung vermissen lässt und nur darauf setzt, dass wir hier parteitaktisches Kalkül hin- und herwenden. Das ist auch nicht die Tradition der Sozialdemokraten bei diesem Thema. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Abruszat. – Für die Fraktion Die Linke spricht der Abgeordnete Aggelidis.

Michael Aggelidis (LINKE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Meine Fraktionskollegin Hamide Akbayir hat Ihnen dargelegt, warum wir Linken den Antrag gegen die Castortransporte von Jülich nach Ahaus gemeinsam mit den Fraktionen von SPD und Grünen einbringen. Es ist gut, dass dieser gemeinsame Antrag hier zur Debatte und zur Abstimmung steht. Ich teile den Wunsch von Hamide Akbayir, dass er in diesem Hause eine breite Mehrheit findet – über alle Fraktionsgrenzen hinweg.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU und von der FDP, ich habe hier schon einmal

darum gebeten, die Dinge nicht immer nur durch die Parteilinse zu sehen und die Scheuklappen auch einmal abzulegen. Es müsste doch unser aller gemeinsame Position sein: Der Mensch gehört in den Mittelpunkt. Das Interesse der Menschen steht über den Interessen der Großkonzerne,

(Beifall von der LINKEN)

vor allem, wenn es um Gefahr für Leib und Leben geht. Und darum geht es hier. Die Atommülltransporte sind unnötig und zugleich gefährlich. Da muss doch gelten: Unser Leben ist mehr wert als deren Profit.

Das kann doch nicht wahr sein, werte Kolleginnen und Kollegen, dass nur wir Linken das so sehen. Das müssen doch auch christlich motivierte Politikerinnen und Politiker so sehen.

Ich gestehe offen ein, dass ich mit einem Begriff des Antragstextes Probleme habe, wenn ich auch den Antrag selbstverständlich unterstütze und für ihn stimmen werde. Probleme habe ich mit dem Begriff des „Endlagers“. In Wirklichkeit gibt es kein sicheres Endlager. Der Atommüll kann weder in die Glut des Erdinneren noch in die Sonne befördert werden. Hier auf Erden strahlt er viele Menschengenerationen weiter. Jedes denkbare Material erodiert oder ist über einen so langen Zeitraum geologischen Verformungen ausgesetzt.

Das bedeutet für uns Linke vor allem eines: Weg mit der Laufzeitverlängerung für die Atomkraftwerke! Sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie! Rasches Umsteuern auf 100 % erneuerbare Energien und den Umbau der Industriegesellschaft, sodass sehr viel weniger Energie verbraucht wird!

Ein solcher umfassender Wandel geht nur mit einer demokratisch kontrollierten und demokratisch verwalteten Gemeinwirtschaft. Dafür muss die Macht der Energiemonopolisten gebrochen werden.

(Beifall von der LINKEN)

Sie wissen das im Grunde alle, meine sehr verehrten Damen und Herren. Dann setzen Sie es doch bitte auch mit der Linken gemeinsam durch. – Danke.

(Beifall von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Aggelidis. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Voigtsberger.

Harry Kurt Voigtsberger, Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte auch noch einmal betonen: Die Landesregierung lehnt Atomtransporte ab, die nicht in ein Endlager führen. Ich denke, das ist das ganz Entscheidende. Warum? – Sie bringen unnötige Risiken für Menschen

und Umwelt mit sich und dann letztendlich nach Ahaus.

Herr Hovenjürgen, Sie hatten ein paar Mal Ahaus – wahrscheinlich war es ein Freud'scher Fehler – schon als „Endlager“ bezeichnet. Ahaus ist kein Endlager.

(Beifall von Hans Christian Markert [GRÜNE])

Ich denke, das sollten wir hier auch noch einmal betonen. Das heißt: Es wäre sowieso dann noch einmal ein Transport von Ahaus in ein Endlager notwendig; das heißt: unnötige Transporte.

Meine Damen und Herren, der Versuchsreaktor wurde ja schon 1988 abgeschaltet. Er wird zurzeit zurückgebaut. Zurückzubauende Einheiten verbleiben natürlich sowieso in Jülich. Die werden letztendlich ja nun nicht in irgendeiner Form abtransportiert und in irgendeiner Form verlagert.

Die bestrahlten Brennelemente des ehemaligen Reaktors lagern, wie Sie wissen, in 152 Castorbehältern im sogenannten Behälterlager auf dem Betriebsgelände des Forschungszentrums Jülich. Herr Bundesumweltminister Röttgen hat gesagt: Die Lagerung dort ist sicher. Da braucht sich keiner Sorgen zu machen. – Ich denke, das sollten wir vielleicht nebenbei auch noch einmal bestätigen, dass ja dann nicht irgendwo ein enormes Sicherheitsrisiko vorhanden ist.

Die hierfür erforderliche Genehmigung läuft am 30. Juni 2013 aus. Es ist klar: Ein genehmigungsloser Zustand kann und darf nicht eintreten. Der könnte sowieso auch strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Meine Damen und Herren, im Sommer 2007 hat das Forschungszentrum Jülich beim Bundesamt für Strahlenschutz einen Antrag auf Verlängerung des Behälterlagers gestellt, also das Forschungszentrum selbst. Die Strahlenschutzbehörde macht aber zwingend darauf aufmerksam, dass bauliche und technische Ertüchtigungen des Lagers zu den Genehmigungsvoraussetzungen gehören. Diese Genehmigungsverlängerung ruht zurzeit.

Alternativ zur Verlängerung der Vor-Ort-Lagerung wäre der Brennelemente-Transport ins Atommüllzwischenlager Ahaus. Der Aufsichtsrat des Forschungszentrums Jülich hat Ende 2008 den Vorstand mit der Vorbereitung dieser Transporte beauftragt. Denn die Kosten für eine weitere Lagerhaltung am Standort Jülich sind unter den Auflagen des Bundesamtes natürlich als höher einzuschätzen als ein Transport nach Ahaus. Das wissen wir durchaus.

Der Kostenvergleich basiert aber auf einem Neubau eines Behälterlagers am Standort Jülich bis Mitte 2013. Der Vorstand des Forschungszentrums Jülich hat für diesen Neubau ein Gutachten zur Kostenschätzung in Auftrag gegeben. Das sind die Zahlen, die jetzt auch in der Öffentlichkeit immer diskutiert

werden. Dieser Auftrag soll unserer Meinung nach um eine Kostenschätzung für die Ertüchtigungsmaßnahmen für das bestehende Zwischenlager erweitert werden.

Wenn der Bundesumweltminister, wie gesagt, meint, das jetzige Lager sei sicher, dann, denke ich, ist hier durchaus auch eine Chance zur Ertüchtigung gegeben. Ich denke, das sieht er nicht viel anders. Aber das für das Verfahren zuständige Bundesamt für Strahlenschutz muss vorher zu erkennen geben, welche Maßnahmen es hierfür erwartet, wenn es also um eine Ertüchtigung geht. Diese Information haben wir noch nicht.

Der Kostenvergleich berücksichtigt aber nicht die für einen Abtransport der Castorenbehälter notwendigen Aufwendungen für die erforderlichen Schutzmaßnahmen durch die Polizei. Sie wissen, dass diese Aufwendungen – für den Transport selbst und die Begleitung durch die Beamten, die dafür eingesetzt werden müssen – sehr erheblich sind. Für die Abtransporte der bestrahlten Brennelemente sind bis zu 152 Einzeltransporte per LKW erforderlich.

Für die Aufnahme der Brennelemente in Ahaus muss die dortige Aufbewahrungsgenehmigung ebenfalls angepasst werden. Die ist ja auch nicht automatisch gegeben. Der hierfür erforderliche Antrag befindet sich derzeit im Genehmigungsverfahren. Auch da wissen wir letztendlich nicht, welche Kosten zusätzlich entstehen.

Mein Ministerium hat die Verlängerung der geltenden Genehmigung des Behälterlagers in Jülich in einem Rechtsgutachten prüfen lassen. Zugleich haben wir gemeinsam mit der Strahlenschutzbehörde, dem Forschungszentrum Jülich, dem Bundesumweltministerium und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung Gespräche im Hinblick auf die Verfahrensdauer einer Verlängerung der Lagergenehmigung in Jülich geführt.

Das Bundesamt für Strahlenschutz hält eine Genehmigungsverlängerung bis zum 30.06.2013 durchaus für möglich. Das sagt das Bundesamt für Strahlenschutz selbst. Es ist also durchaus möglich.

Voraussetzung ist jedoch eine sehr straffe Verfahrensführung und eine optimale Verfahrensorganisation. Ich denke, das können wir einhalten, auch wenn Herr Röttgen sagt, das entspreche nicht seiner Lebenserfahrung. Vielleicht können wir ihm da ja mal eine andere Erfahrung bescheren, dass wir so ein Verfahren durchaus optimal durchziehen können.

(Beifall von der SPD)

Wie das aussehen könnte, will ich Ihnen ganz kurz vorstellen. Bis zum September 2011 muss eine Umweltverträglichkeitsstudie im Auftrag des Forschungszentrums Jülich unter Betrachtung von mindestens drei Jahreszeiten angefertigt werden.

Ein Gutachter hierfür ist bereits tätig. Das Gutachten hierfür ist bereits beauftragt.

Bis Dezember 2011 müssen sämtliche Antragsunterlagen in der Endfassung vorgelegt werden. Bis zum Frühjahr 2013 muss das Genehmigungsverfahren des Bundesamtes für Strahlenschutz unter Beteiligung der Öffentlichkeit durchgeführt und die Entscheidung über das Vorhaben getroffen worden sein.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Minister, Ihre Redezeit ist beendet.

Harry Kurt Voigtsberger, Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr: Ich bin gleich fertig, Herr Präsident. – Bis Mitte des Jahres 2013 können dann die baulichen Umsetzungsmaßnahmen erfolgen. Sollte dies bis 2013 nicht vollständig realisiert sein, kann aber immer durch personelle Maßnahmen ein weiterer Umbau begleitet werden. Auch das ist uns vom Bundesamt bestätigt worden.

Meine Damen und Herren, das mag sicherlich alles sehr ambitioniert klingen. Aber ich sage sehr deutlich: Es ist möglich und es erspart der Bevölkerung sehr viele Risiken. Und das ist es allemal wert. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Damit sind wir am Schluss der Beratung.

Die antragstellenden Fraktionen – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linken – haben direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des **Antrags Drucksache 15/1194 – Neudruck**. Wer dem seine Zustimmung geben kann, bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP **angenommen**.

Wir kommen zu:

4 Schutz der Senne durch Dialog sicherstellen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1191 – Neudruck

Ich eröffne die Beratung. – Ich bitte, die Lautstärke im Plenarsaal ein bisschen zu dämpfen und notwendige Gespräche draußen zu führen. – Ich übergebe das Wort für die CDU-Fraktion Herrn Abgeordneten Dr. Brinkmeier.